

Anpacken, aufbrechen, mitmischen!

Die Bürgergesellschaft organisiert sich.

Sie sind kaum noch aufzuhalten. Die Bürger machen sich auf den Weg. Treten der Politik auf die Füße, drängen sich in die Vorstandsetagen, rufen nach Beteiligung, mitmachen, einmischen. Sie denken über neue Formen der gesellschaftlichen Organisation nach oder helfen Drogensüchtigen. Sie klinken sich ein in Stadtplanung und Bildung und trotzen der Politik Bürgerhaushalte ab. Sie krepeln ihren Kiez um und spinnen Netzwerke. Längst sind die Facetten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland bunt wie ein Kaleidoskop. Und längst sind die Beteiligten nicht mehr nur saturierte Bürger. Doch es bleibt viel zu tun. Ein Bericht über Bürgernetzwerke von Anja Dilk.

Im Hyatt am Potsdamer Platz gleiten die gläsernen Eingangstüren lautlos auf und zu. Eilig strömen die Besucher in die lichte Empfangshalle, weiter zur Anmeldung, die Stufen in den ersten Stock hinauf. Eine Dame in dunkelblauem Kostüm bahnt sich, mit einer Glocke bimmelnd, den Weg durch die Umherstehenden. Der Hauptstadtkongress beginnt. Die Initiatoren, unter ihnen die Initiative Hauptstadt und die Scholz & Friends Agenda, haben Prominenz geladen. Gesine Schwan ist dabei und Jürgen Mlynek, Präsident der Humboldt-Universität, die Intendantin der Deutschen Oper Kirsten Harms, der Historiker Christoph Stölzel, Zukunftsdenker Bernhard von Mutius und Roger Köppel, Chefredakteur der Welt. Schließlich geht es hier nicht um irgendetwas. Die Bürgergesellschaft ist im Visier. Mehr denn je wird sie Thema in der kränkelnden Republik. Der Hauptstadtkongress soll dem bürgerschaftlichen Engagement einen Kick geben, in und für die Stadt, auch darüber hinaus. Die vielen Berliner und bundesweiten Bürgerinitiativen sollen zusammengeführt und vernetzt werden, damit freiwilliges Anpacken der Bürger mehr Power und die Bürgergesellschaft neue Impulse bekommt.

Vorgestellt: Bürgernetzwerke aus der Hauptstadt.

Die Lichtkegel kreisen fünf Herren im dunklen Zwirn ein. Auf dem Podium präsentieren die Vertreter von fünf großen Bürgernetzwerken der Stadt ihre Organisation. Viele von ihnen arbeiten überregional. Da ist die Hauptstadtinitiative Berlin, ein Bürgerverein, der einst für die Wahl Berlins zur Hauptstadt kämpfte und heute mit Entscheiderforen, Publikationen und Mitgliederstammtischen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt ankurbeln will. Da ist der Gesprächskreis Hauptstadtunion, ein CDU-nahes Netzwerk, das sich nach dem Umzug in Berlin gebildet hat und über Gesprächskreise die Diskussionen über die Gestaltung der Metropole in Fahrt bringen möchte. Da ist die Stiftung Liberales Netzwerk, die in vielen deutschen Städten bürgerschaftlicher Eigeninitiative und liberalen Ansätzen Schwung geben möchte. Da ist der vor gut einem Jahr gegründete bundesweite Bürgerkonvent, der sich als Plattform für den Austausch zwischen den Bürgern versteht und gezielt auf politische Entscheidungsträger einwirken möchte. Und schließlich das Netzwerk 21, eine Initiative junger SPD-Mitglieder, die für Themen jenseits der aktuellen Tagespolitik eine Lanze brechen und Menschen außerhalb der SPD einen Zugang zu politischem Engagement verschaffen wollen.

Etablierte Runde, kleine Initiativen.

"Bürgergesellschaft? Das ist ja eine verdammt etablierte Runde hier, oder?", raunt ein Mittzwanziger im Publikum. Kein Wunder, denn Bürgergesellschaft hat viele Facetten. Es gibt jene, in deren Organisationen klingende Namen reichlich vertreten sind, deren Habitus sich harmonisch an die Kultur der politischen und wirtschaftlichen Eliten anzuschmiegen scheint, die Kontakte mit der Politik und die Zusammenarbeit mit Eliten im Blick haben, um etwas zu verändern. Es gibt andere, die ihre Foren nutzen, um über Kolumnen online und in Zeitungen vielleicht etwas anzustoßen, wie der Duisburger Anwalt Klaus Gebauer vom Liberalen Netzwerk. Und es gibt all jene Initiativen, die eher den "Blick auf die Menschen von der Straße haben", wie es Carola Schaaf-Derichs, Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur, formuliert. Den Bürger, den Einzelnen vor Ort, mit seinem kleinen alltäglichen Ärger über Missstände, Fehlentwicklungen, Lücken. Vor den Türen des Konferenzsaals haben Dutzende Projekte ihre Infotische aufgebaut. Von der lokalen Agenda 21 Berlin über das Projekt Generationen aktiv bis zum Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Kids der temporären Initiative Tulpen für Tische streifen mit bunten Flyern herum und werben für eine Spendenaktion am Valentinstag für die überforderten Berliner Schulen. Die gesamte Vielfalt ist die Stärke des Konzepts Bürgergesellschaft: Eine solche Gesellschaft ist plural, schwimmend, stets im Wandel begriffen.

"Wenn man von bürgerschaftlichem Engagement spricht, muss man unterscheiden zwischen zwei

grundsätzlichen Richtungen", sagt Leo Penta, Professor an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin. "Freiwilligendienste, das heißt, Bürger engagieren sich in verschiedenen Arten von Hilfe und Dienstleistungen, oft im sozialen Bereich. Und den Bürgergruppen, die nach Partizipation und mehr Einflussnahme im öffentlichen Raum über die Lobbyarbeit hinausstreben."

Wo ist Bedarf? Wer möchte was tun?

Beispiel eins: Treffpunkt Hilfsbereitschaft in der Torstraße Berlin-Mitte. Das alte Bürgerhaus, in dem Hans von Brosig einst seine Geschäfte abwickelte, ist vom Großstadtverkehr umtost. Eine schmale Treppe mit Sisalteppich führt in den ersten Stock. Zwischen Yucca, Ficus und Aktenordnern sitzt Carola Schaaf-Derichs und berät Freiwillige. "4. Berliner Freiwilligentag 2004" steht auf einem orange-blauen Plakat an der Wand. Seit 18 Jahren gibt es die Agentur, die Freiwilligenarbeit organisiert, vermittelt, Interessierte berät und über ihre Rechte und Pflichten aufklärt. Wo ist Bedarf? Wer möchte was tun? Wie können auch Unternehmen tätig werden? Jetzt, nach dem Hauptstadtkongress, stehen die Telefone nicht mehr still. Schaaf-Derichs und ihre Mitarbeiter können sich kaum noch retten vor Bürgern, die etwas tun wollen. Die Bereitschaft steigt von Jahr zu Jahr. 30 Prozent der Bevölkerung wollen anpacken, ähnlich viele sind es bundesweit. Meist kommen Männer zwischen 20 und 30 oder Frauen zwischen 40 und 50 Jahren. "Immer noch gilt bei uns ähnlich wie in den USA: Mittelschicht, weiß, gut gebildet. Nur würde man das hier mehr umschreiben", sagt Schaaf-Derichs. Sie ist seit 15 Jahren im Job und hat Umschreibungen längst nicht mehr nötig. Natürlich ist es zuweilen mühsam, Unternehmen vom Mitmachen zu überzeugen. Natürlich ist es manchmal anstrengend, mit geringen Mitteln Kongresse auf die Beine zu stellen und die Werbetrömmel zu rühren. Der Treffpunkt ist zu 60 Prozent von der Stadt finanziert, das reicht gerade für das Gehalt der drei Mitarbeiter. 40 Prozent muss sie über "geldwerte Zusammenarbeit" mit Partnern heranschaffen. "Die Leute, die sich engagieren wollen, sind meist überrascht, was sie alles tun können." Sie können in der Suchtprävention mit Jugendlichen arbeiten oder als ehrenamtliche Bewährungshelfer, in der Nothilfe für Migranten, in der Zeitzugengörse oder als ehrenamtliche Märchenerzähler, Fortbildung inklusive. Sie können in Nachbarschaftsheimen mithelfen oder mit sozial ausgebildeten Tieren arbeiten, die Heimbewohner besuchen. "Es ist in unserer Gesellschaft immer noch nicht bekannt genug, was alles in Freiwilligenarbeit getan wird", sagt Schaaf-Derichs. "Das Thema sollte uns alle angehen. Warum nicht bürgerschaftliches Engagement zum Schulfach machen?"

Kooperation statt Konfrontation.

Beispiel zwei: Die Initiative lokale Agenda 21. 1997 entstanden auf Initiative einzelner Bürger als runder Tisch für Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung Berlins und Brandenburgs, im Dezember umgetauft zur Bürgerstiftung zukunftsfähiges Berlin, holen die Akteure der Agenda Interessenvertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und bürgerschaftlichen NGOs zusammen, um Vorschläge für die Zukunft der Stadt zu erarbeiten. Kooperation statt Konfrontation. Mittlerweile gibt es Projekte auf neun Handlungsfeldern von Arbeit über Verkehr bis zu Partizipation. "Wir haben geschaut: Wo ist Bedarf? Dann: Wo haben wir Kapazitäten? Danach wurden in den Handlungsfeldern die Projekte gestrickt", sagt Erhard Müller, Moderator der Fachgruppe Partizipation. Müller ist von Anfang an dabei. Er hat die Agenda mit aus der Taufe gehoben. Im Hauptberuf Redakteur der Zeitschriften *Zukünfte* und *Zeitschrift für direkte Demokratie*, ist er nach langen Jahren bei den Grünen allmählich in die bürgerschaftliche Arbeit reingewachsen. Das Ziel hält ihn bei der Stange: die lokale Bürgerschaft an einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung der Stadt zu beteiligen. "Es ist ja Unsinn, dass ehrenamtliches Engagement Engagement für nichts bedeutet. Drei Dinge müssen zurückkommen, und tun es mal mehr mal weniger: Anerkennung, Unterstützung durch den Staat, indem er die Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement schafft und, vor allem, Gestaltungsmacht abgibt. Das ist ein hoher Wert."

Bürgerbeteiligung abtrotzen.

Sicher, der Kampf der Bürgerinitiative für mehr Partizipation des Einzelnen beispielsweise ist mühsam. Nach einem Modell, das im brasilianischen Porto Alegre entwickelt und erprobt wurde, hat die lokale Agenda ein verzahntes Verfahren auf die Beine gestellt, um Bürger an der Vergabe von Haushaltsmitteln zu beteiligen. Es geht dabei freilich nicht um den ganzen Haushalt, sondern um das, was nach Abzug aller Verpflichtungen noch variabel ist, zehn bis 15 Prozent der Mittel. Die Idee: Erst den Haushalt transparent machen, dann unter anderem nach dem Zufallsprinzip Leute aus dem Bezirk einladen und in Bürgerversammlungen mitbestimmen lassen. Entscheidend ist: Ist die Bürgerbeteiligung Spielwiese oder ein ernstzunehmendes Votum? "Deshalb müssen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung formal legitimiert

in ein parlamentarisches Entscheidungsverfahren einfließen", sagt Müller. "Über eine Selbstverpflichtung des Parlaments etwa oder Obleute, denen Einbringungsrechte übertragen werden. Instrumentarien gibt es mittlerweile genug." Leicht ist es nicht, so eine Beteiligung durchzusetzen, schließlich trotz sie der Politik einen Teil ihrer originären Zuständigkeit ab: die Hoheit über die Verteilung der Mittel. Mit viel Beharrlichkeit hat die Initiative unter anderem mit Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung inzwischen Einiges erreicht. Im Februar startet der Bezirk Lichtenberg mit der Bürgerpartizipation, 2006 wollen zwei weitere zustimmen. Auch in anderen Städten sind solche Bürgerhaushalte schon Realität.

Mittelschicht im Visier.

Die alte Dame in cremefarbener Strickjacke steht auf und geht ans Mikrofon. "Was nutzen uns Hauptstadtkongresse, wenn sie nicht von unten kommen?", ruft sie aufgebracht. "Und was nützen Paneldiskussionen und tolle Konzeptpapiere, wenn die Parteien kein Interesse an ihnen haben?", fügt ein anderer hinzu, der fürs Bundeswirtschaftsministerium arbeitet, wie er sagt. Der Mittzwanziger, der sich zu Beginn über die etablierte Runde im Hyatt-Ballroom mokierte, grinst. "Solche Fragen kommen hier nur am Rande vor. Wenn über Bürgergesellschaft diskutiert wird, meinen die meisten eben doch nur eine Gesellschaft der bürgerlichen Mittelschicht. Aber wo bleiben die anderen?"

Leo Penta beschäftigt diese Frage seit beinahe 30 Jahren. "Wenn wir von Bürgergesellschaft reden, dürfen wir nicht nur an die Menschen denken, die es ohnehin gewohnt sind, sich zu äußern. Wenn wir nicht die bildungsfernen, unteren Schichten in die Bürgergesellschaft reinholen, wird sie eine Parodie von sich selbst", sagt der Professor von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen. "Wir dürfen die armen Viertel in den Städten nicht aus dem Blick verlieren." 20 Jahre lang hat Penta als Community Organizer in den USA gearbeitet und lokal verankerte Bürgerplattformen aufgebaut, an denen sich gerade sozial Schwächere beteiligt haben.

Bürgerschaft von unten.

Seit drei Jahren macht Penta Ähnliches in Berlin-Schöneeweide, einem sozialen Brennpunktbezirk der Stadt. Broadbased Community Organizing ist eine Form der Selbstorganisation, die bürgerschaftliches Engagement auf breiter gesellschaftlicher Basis von unten aufbauen will. "Wir wollen Menschen befähigen, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen, das gesellschaftliche Zusammenleben und das öffentliche Leben gemeinsam mit anderen zu gestalten. Gerade Menschen, die darin nicht so geübt sind und sich das nicht zutrauen, kann man mit diesem Ansatz mobilisieren, wenn sie merken, dass auch sie tatsächlich etwas verändern können." Der Weg: Durch Gespräche und Kontakte, Bürgertreffen und direkte Ansprachen von örtlichen Verbänden und Gruppen erst eine aktionsbereite Bürgerschaft herstellen, dann überlegen, was zu tun ist, dann die Politiker einladen oder besuchen und die Anliegen vorbringen - beharrlich. Penta: "Es dauert zwei bis drei Jahre, so eine Plattform herzustellen, die nachhaltig an Gesamtkonzepten arbeiten kann. Aber nur so können wir das Potential bergen, das durch Frust, schwierige soziale Verhältnisse und Politikverdrossenheit verloren geht." Eine Art motivierende Netzwerkarbeit, die sehr effektiv ist. Die Plattform Organizing Schöneeweide hat bereits einiges erreicht. Auf ihren Druck bekam Schöneeweide den Zuschlag für den Ausbau des Campus der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, eine zentrale Entscheidung für die Zukunft eines Stadtteils mit hoher Arbeitslosigkeit. Mittlerweile hat Penta ähnliche Projekte in Berlin-Karlshorst und Hamburg angeschoben.

Riesige Bandbreite.

Die Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements ist riesig. Was der Freiwilligensurvey der Bundesregierung bereits gezeigt hat, bestätigt sich bei einem Blick auf die Vielfalt der Initiativen. Die Frage ist: Wie kann man die unterschiedlichen Gruppen vernetzen, wie ihre Aktivitäten fördern, was kann man tun, damit eine lebendige Bürgergesellschaft entsteht, die alle integriert? "Die Bürgergesellschaft hat sich noch nicht verfasst", sagt Carola Schaaf-Derichs von der Freiwilligenagentur. "Wir brauchen Leitwerte, müssen mehr zusammenarbeiten und uns stärker vernetzen. Obwohl es mittlerweile allein in einer Stadt wie Berlin neun weitere Freiwilligenbörsen gibt, hat sich immer noch nichts Wesentliches geändert." Damit sich etwas tut, haben sich im vergangenen Jahr viele Bürgerschaftsorganisationen an den "Runden Tisch zur Förderung des freiwilligen Engagements in Berlin" gesetzt und eine Charta zum bürgerschaftlichen Engagement entworfen. Bürgerengagement sei unverzichtbarer Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft, dürfe nicht Lückenfüller für den Abbau sozialstaatlicher Leistungen sein und müsse vom Staat unterstützt werden, heißt es da. Eine sehr allgemeine Richtschnur, aber ein Anfang. Schaaf-Derichs: "Wir versuchen zurzeit die

landesweit tätigen Netzwerke wie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen zu vernetzen und darüber möglichst viele Beteiligte einzubinden und eine Community aufzubauen."

Führung oder Pluralität?

Wie so eine Vernetzung aussehen sollte, ist strittig. So unterschiedlich die bürgerschaftlichen Ansätze, so unterschiedlich ist ihre Position. "Es reicht nicht, wenn wir Bürgerbewegte in der Gesellschaft haben. Wir müssen an die von Pierers dieser Welt rankommen, an ihre Ressourcen, ihre Kontakte, ihre Apparate", so Rolf Kiefer, Vorstandsvorsitzender der Aktiven Bürgerschaft, einem bundesweiten Kompetenzzentrum für bürgerschaftliches Engagement auf Initiative der Volks- und Raiffeisenbanken. Die Aktive Bürgerschaft hat bundesweit 25 Bürgerstiftungen beim Aufbau beraten und unterstützt, die einen breiten Strauß von Projekten fördern. Kiefer plädiert für eine festere organisatorische Form, ein gemeinsames Dach der engagierten Bürger, zum Beispiel in Form eines Corporate Citizenship Centers, das Unternehmen und Privatleute berät und ausbildet auf dem Weg zu einem "zeitgemäßen bürgerschaftlichen Engagement". Kiefer: "Wir brauchen den Schulterschluss, um den Druck auf die Politik zu verstärken, müssen Bürger kompetent fortbilden und uns mehr organisieren, zum Beispiel in Bürgerschaftsparlamenten - ohne in Parteistrukturen zu rutschen." Braucht die Bürgergesellschaft also eine Führung? Carola Schaaf-Derichs freilich ist davon nicht überzeugt. "Bürgergesellschaft braucht Pluralität, die einzelnen Gruppen müssen weiter unabhängig walten können. Eine Zentralisierung und feste, große Strukturen schrecken den Einzelnen eher ab."

Alle ins Boot holen.

Im Hyatt werden die Stühle zusammengerückt. Das Büfett ist abgeräumt. Viele Fragen schwirren noch durch den Raum. Mit welchen Mitteln sorgt man am besten dafür, die Beteiligung bürgerschaftlicher, schließlich nicht demokratisch legitimierter Gruppen in das repräsentative System rechtlich und gesellschaftstheoretisch einzubinden? Welche organisatorischen Rahmenbedingungen müssen noch geändert werden, um die Bürgergesellschaft zu fördern? Das Stiftungs- und Steuerrecht, die Gemeinnützigkeitsvorschriften zum Beispiel. In einem Land, das in der Tradition einer (Obrigkeits-)Staats- und Verbändegesellschaft lebt, fernab der Zivilgesellschaft, hat es die Bürgergesellschaft schwer. Aber gerade hier ist sie auch eine Chance: Für mehr Gemeinsinn und Identifikation mit dieser Gesellschaft. Gerade für diejenigen, die bisher die Chance nicht hatten, weil sei an ihrem unteren Ende leben müssen oder eine andere Herkunft haben. Die Bürgergesellschaft kann viel bewegen, aber auch viel, wie Leo Penta sagt, an den Bürgern vorbei. Damit das nicht passiert, müssen wir alle Mitglieder der Gesellschaft ins Boot holen. Um im Großen oder im Kleinen gemeinsam etwas zu verändern.

Weitere Informationen:

<http://www.hauptstadtkongress-berlin.de/>

<http://www.freiwilligenagentur-berlin.de/>

<http://www.initiative-hauptstadt.de/>

<http://www.hauptstadtunion.de/>

<http://www.liberalesnetzwerk.de/>

<http://www.buergerkonvent.de/>

<http://www.n21-berlin.de/>

<http://www.aktive-buergerschaft.de/>

<http://www.agendaforum.de/>

Anja Dilk ist Redakteurin bei changeX.

© changeX [26.01.2005] Alle Rechte vorbehalten, all rights reserved.